

Ressort: Politik

Abtreibungsparagraf: SPD wirbt für parteiübergreifende Initiative

Berlin, 01.12.2017, 05:00 Uhr

GDN - Die Bundestagsfraktion der SPD wirbt für eine parteiübergreifende Initiative für eine Änderung des Abtreibungsrechts. Im Kern geht es um die Abschaffung des Paragrafen 219a im Strafgesetzbuch, der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche untersagt und damit nach Meinung von Kritikern auch Informationen unterbindet.

"Eine interfraktionelle Initiative ist gerade bei solchen Themen gut, die wie Paragraf 219a StGB in besonderer Weise die Rechte von Frauen betreffen", sagte die SPD-Rechtspolitikerin Eva Högl dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Freitagsausgaben). "Das hat sich zum Beispiel beim Sexualstrafrecht und bei der Frauenquote gezeigt", so Högl. Die SPD-Bundestagsfraktion habe einen Gesetzentwurf formuliert, in dem die ersatzlose Streichung des Paragrafen 219a StGB gefordert werde. "Dieser Entwurf soll noch vor der Weihnachtspause in der Fraktion beschlossen werden", kündigte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende an. Die SPD gehe hier voran – "gleichzeitig reden wir natürlich auch mit den anderen Fraktionen, um die Möglichkeiten eines interfraktionellen Vorgehens auszuloten", sagte Högl.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-98480/abtreibungsparagraf-spd-wirbt-fuer-partieuebergreifende-initiative.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619